

Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Integrationsmanagements zwischen der Stadt Schramberg und den Gemeinden Aichhalden, Hardt und Lauterbach wird fortgesetzt - Gemeinderat stimmt öffentlich-rechtlichem Vertrag zu

Aufgrund der hohen Zuwanderung von geflüchteten Menschen seit dem Jahr 2014 entschloss sich die Landesregierung ab dem 01.01.2017 Stellen zur sozialen Beratung von Geflüchteten zu 100 % zu fördern. Die Stadt Schramberg und die Umlandgemeinden Hardt, Lauterbach und Aichhalden entschlossen sich zu einer gemeinsamen Sozialberatung. Die dabei getroffene Vereinbarung und die Stellen sind bis zum 31.12.2019 befristet. Mittlerweile hat das Land die Stellenförderung um mindestens 12 weitere Monate erhöht. Die Verwaltungen der Gemeinden Hardt, Aichhalden und Lauterbach sowie der Stadt Schramberg haben als Ziel vereinbart, an der bisherigen sehr guten Zusammenarbeit festzuhalten und die Förderung über weitere 12 Monate abzurufen und die Stellen entsprechend zu verlängern.

Dem Gemeinderat lag in diesem Zusammenhang eine Vorlage der Stadt Schramberg vor, in welcher die umfangreiche Arbeit der Integrationsmanager dokumentiert wurde. Sonja Rajsp bemängelte in diesem Zusammenhang, dass der Integrationsmanager lediglich ca. 1 Stunde pro Woche im Lauterbacher Rathaus ist. Bürgermeister Norbert Swoboda und Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilten mit, dass bei Bedarf längere Beratungen möglich sind und dass zudem umfangreiche Betreuungen, auch am Wohnort der Flüchtlinge selbst, stattfinden.

Der Gemeinderat konnte schließlich dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Weiterführung des Integrationsmanagements zustimmen. Da die Kosten für die Integrationsmanager zu 100 % gefördert werden, bleiben für die Gemeinden nur relativ wenige Aufwendungen für Sachkosten, die entsprechend aufgeteilt werden. Der Gemeinderat konnte zudem der automatischen Verlängerung des Vertrages über den 31.12.2020 hinaus ausdrücklich zustimmen. Voraussetzung ist allerdings, dass die finanzielle Förderung des Landes im seitherigen Umfang beibehalten wird.

Gemeinderat fordert deutlich mehr Engagement der Volksbank-Schwarzwald-Donau-Neckar in Lauterbach

Mit Überraschung und Enttäuschung nahm der Gemeinderat die Mitteilung der Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar zur Kenntnis, dass in Lauterbach seitens der Volksbank nur noch ein Geldautomat zur Verfügung gestellt wird. Namens des Gemeinderates drückte Ansgar Fehrenbacher die Überraschung und Enttäuschung mit deutlichen Worten aus. „Bisher gab es in Lauterbach eine große Marktdurchdringung der Lauterbacher Bürgerinnen und Bürger, die sich als Mitglieder oder als Kunden der Volksbank eng verbunden gefühlt haben. Jetzt wird die Gemeinde nach der Schließung der Geschäftsstelle in Lauterbach mit einem Geldautomaten quasi abgespeist. Als Mindestausstattung wünschen wir uns wenigstens die sogenannte „Sisy“. Dort wäre es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger, oft auch ältere Einwohner, ihre Anliegen wenigstens am Bildschirm mit zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprechen können“. Diesbezüglich verwies er auf andere Gemeinden im Umland wo dies, allerdings bei einer anderen Volksbank, zum Standard gehört. Ich bin der Meinung, dass bei einer Gemeindegröße von 3.000 Einwohnern ein Mindestmaß an Ausstattung notwendig ist. Damit meinte er, dass wenigstens mit „Sisy“ ein Raum geschaffen wird, in

welchem Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen direkt bei einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Volksbank vortragen können. Dieser Forderung schlossen sich die Mitglieder des Gemeinderates einstimmig an und beschlossen eine Resolution an die Volksbank Schwarzwald Donau Neckar zu verfassen mit dem Ziel, dass nicht nur ein Geldautomat installiert wird, sondern über die Bildschirmverbindung wenigstens eine direkte Ansprechmöglichkeit bestehen bleibt.

Jahresrechnung 2018 der Gemeinde fällt erfreulich aus - Zuführung zum Vermögenshaushalt liegt bei rund 1,1 Millionen EUR

Eine erfreuliche Jahresrechnung bezogen auf das Gesamtjahr 2018 konnte Kämmerer Rainer Betschner dem Gemeinderat vorstellen. Zunächst ging er auf die Gesamtzahlen der Jahresrechnung des vergangenen Jahres ein. Dabei nannte er auch die nicht unerheblichen Ausgaben- und Einnahmenreste, die im Wesentlichen mit den noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen zusammenhängen. Als sehr erfreulich bezeichnete er die Zuführung zum Vermögenshaushalt, die bei 1,105 Millionen EUR liegt. Der Schuldenstand im allgemeinen Haushalt liegt bei 1,5 Millionen EUR. Zudem gibt es für die Baulanderschließung „Distelweg“ noch Schulden in Höhe von 323.000 EUR, die jedoch 2019 aufgrund der Bauplatzverkäufe voraussichtlich vollständig abgelöst werden können.

Er gab bekannt, dass der Stand der allgemeinen Rücklage am Beginn des Jahres 2018 bei 714.018 EUR lag und lediglich ein Abgang von 99.818 EUR zu verzeichnen war, sodass die Rücklage am Ende des vergangenen Jahres immer noch bei 614.200 EUR lag. Im Anschluss ging er detailliert auf alle Haushaltsstellen ein, bei welchen das Ergebnis gegenüber dem Planeinsatz mindestens 10.000 EUR abweicht. Dies galt sowohl für die Einnahmen als auch die Ausgabenseite. Insgesamt erhöhte sich die allgemeine Zuführung zum Vermögenshaushalt um 363.664 EUR gegenüber dem Haushaltsplan. Auch im Vermögenshaushalt erläuterte er die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Plan, die mehr als 10.000 EUR betragen haben. Hubert Nagel sprach die Mehraufwendungen von rund 624.000 EUR bei den Kosten im Einmündungsbereich der Kreisstraße in die Landesstraße vor dem Rathaus an. Diesbezüglich gab Kämmerer Rainer Betschner zu bedenken, dass demgegenüber auch 500.000 EUR als außerplanmäßige Zuweisung vom Land stehen. Als sehr erfreulich bezeichnete Hubert Nagel die hohe Zuführungsrate von 1,1 Millionen EUR. Auch Ansgar Fehrenbacher freute sich über das gute Ergebnis. „Wie in den vergangenen Jahren fällt das Rechnungsergebnis deutlich besser aus als die Haushaltsplanung. Aufgrund des doch immer sehr guten Ergebnisses könnten wir eigentlich bei der Haushaltsplanung etwas knapper kalkulieren“, folgerte er.

Letztlich konnte der Gemeinderat die Jahresrechnung 2018 entsprechend den vorliegenden Zahlen feststellen. Zudem wurde den überplan- und außerplanmäßigen Ausgaben und Einnahmen zugestimmt. Das Jahresergebnis des Teilhaushaltes Abwasserbeseitigung mit einem Überschuss von 4.633 EUR wurde festgestellt. Dieser Betrag wird auf neue Rechnung ins Jahr 2019 vorgetragen. Außerdem wurde der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis genommen. Die Jahresrechnung wird nunmehr an 7 Tagen im Rathaus öffentlich ausgelegt.

Gemeinderat stimmt Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Wasser- und Energieversorgung zu

Nach dem Jahresabschluss 2018 für die Gemeinde konnte Kämmerer Rainer Betschner auch den Jahresabschluss des vergangenen Jahres des Eigenbetriebes Wasser- und Energieversorgung vorstellen. Er teilte mit, dass es möglich ist aus dem Eigenbetrieb Wasserversorgung für das vergangene Jahr eine Konzessionsabgabe in Höhe von 26.256 EUR an den allgemeinen Haushalt abzuführen. Den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Wasser- und Energieversorgung mit einem Gewinn von 37.359,92 EUR bezeichnete er als erfreulich. Er stellte fest, dass der Gewinn auf den Bereich Wasserversorgung entfällt. „Das Ergebnis für den Bereich Energieversorgung ist ausgeglichen“, sagte er. Zudem schlug er vor, den Jahresgewinn von 37.359,92 EUR auf neue Rechnung vorzutragen. Letztlich bat er, die Bilanz, den Gewinn, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Lagebericht in der vorliegenden Form zu billigen. Im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss verwies er auf die anstehenden Investitionen im Bereich der Wasserversorgung. Sehr erfreulich ist allerdings, dass der Aufwand für die Zinsen trotz höherer Darlehen sinken. „Dies hängt damit zusammen, dass ältere Darlehen mit höheren Zinsbelastungen auslaufen und neue Darlehen mit äußerst geringen Zinsen aufgenommen werden konnten“. Insgesamt bezeichnete er es als sinnvoll, Sanierungsmaßnahmen nicht aufzuschieben sondern insbesondere aufgrund des Zinsniveaus und der künftig noch mehr steigenden Kosten baldmöglichst umzusetzen.

Auf Anfrage aus der Mitte des Gemeinderates bestätigte er, dass der Jahresabschluss trotz Umstellung auf das neue Haushalts- und Kassenrecht auch künftig von einem Steuerberater federführend ausgearbeitet werden muss.

Abschließend bestätigte der Gemeinderat die Abführung einer Konzessionsabgabe in Höhe von 26.256 EUR an den allgemeinen Haushalt. Zudem wurde der Gewinn von 37.359,92 EUR festgestellt und es wurde beschlossen diesen auf neue Rechnung vorzutragen. Außerdem billigte der Gemeinderat die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Lagebericht. Der Verwaltung wurde die entsprechende Entlastung erteilt.

Gemeinderat stimmte zwei Baugesuchen zu

Der Gemeinderat konnte in seiner letzten Sitzung den vorliegenden beiden Baugesuchen zustimmen. Vorgesehen ist, das Gebäude Rotwasser 13 auf Flurstück 1004 abzubrechen. Auch verschiedene Nebengebäude werden entfernt. Geplant ist ein neues ortstypisches Gebäude sowie der Neubau einer Garage mit Einbau einer Hackgutheizung im Bereich des bereits früher begonnenen Schuppens.

Nach dem Abbruch des alten Hofgebäudes Käppeleshof 1 ist dort der Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung und Garage geplant. Der Gemeinderat konnte dort zudem den beiden Befreiungen bezüglich der Lage des Gebäudes sowie der Trauf- und Firsthöhe zustimmen.

Bebauungsplan „Käppeleshof“ wird geändert - Gemeinderat fasst Aufstellungsbeschluss und vergibt Planungsleistungen

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass der Bebauungsplan „Käppelehof“ bereits zwischen 2009 und 2012 erstellt worden ist um die möglichen weiteren baulichen Entwicklungen des größten Lauterbacher Hotelbetriebes baurechtlich zu sichern. Das Bebauungsplanverfahren wurde Anfang 2012 abgeschlossen, seither ist der Bebauungsplan rechtskräftig.

„Die seinerzeitige Planung wurde eng mit dem Eigentümer und den damaligen Planern abgestimmt. Nunmehr beabsichtigt Familie Schwer zunächst nach dem Abbruch des alten Hofgebäudes die Erstellung eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung an gleicher Stelle. Zudem ist eine große Hotelerweiterung geplant. Dieser Erweiterungsbau umfasst im Wesentlichen Tiefgaragen, die Verlagerung des gesamten Küchenbereiches, den Neubau des Restaurantbereiches sowie Umbauten im Bestand“, berichtete er.

Er gab bekannt dass die seitherigen überbaubaren Flächen im bestehenden Bebauungsplan durch die neue Planung bei weitem überschritten werden. Erste Vorgespräche mit Vertretern des Landratsamtes, Kreisbauamt, hätten letztendlich ergeben, dass eine Bebauungsplanänderung mit einem entsprechenden förmlichen Verfahren notwendig wird.

Bürgermeister Norbert Swoboda ergänzte, dass nunmehr vorgesehen ist, die entsprechenden Planunterlagen zu erstellen und als nächster Schritt voraussichtlich in der Novembersitzung die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange beschlossen wird. Er zeigte sich sehr erfreut über das Vorhaben von Familie Schwer und sicherte die Unterstützung der Gemeinde zu. Auch Ansgar Fehrenbacher bezeichnete die Bauabsichten als sehr erfreulich und als großen Gewinn für den Tourismus in der Gemeinde.

Der Gemeinderat konnte dann den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Käppelehof 1. Änderung“ fassen. Damit ist das formelle Verfahren nach dem Baugesetzbuch eröffnet. Mit den Planungsleistungen wurde das Ingenieurbüro Gfrörer, Empfingen, beauftragt.

Gemeinderat stimmt öffentlich-rechtlicher Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses bei der Stadt Rottweil zu

Bereits im Jahr 2017 ist eine neue Gutachterausschussverordnung in Kraft getreten.

„Dabei wurden einige Grundsätze im Bereich des Gutachterausschusswesens neu gestaltet und festgesetzt“, berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp. Er teilte mit, dass das Gutachterausschusswesen in der kommunalen Verantwortung bleiben soll.

„Allerdings ist es so, dass leistungsfähige Einheiten für die Ermittlung der Grundstücksmarktdaten gebildet werden sollen und dabei von einer Richtanzahl von jährlich rund 1000 auswertbaren Kauffällen ausgegangen wird“, teilte er mit. Weiterhin ist es so, dass benachbarte Gemeinden innerhalb eines Landkreises die Aufgaben einer größeren Einheit übertragen können. Eine Trennung von Geschäftsstelle und Gutachterausschuss ist nicht zulässig. Er gab bekannt, dass die Stadt Rottweil sich bereits vor einiger Zeit bereit erklärt hat, diese Aufgabe zu übernehmen. „Bereits damals sind die Kommunen Böisingen, Deißlingen, Dunningen, Eschbronn, Villingendorf, Wellendingen und Zimmern ob Rottweil der Kooperation mit der Stadt Rottweil beigetreten“, berichtete er.

Er gab bekannt, dass es in der Gemeinde Lauterbach pro Jahr lediglich rund 30 bis 40 auswertbare Kauffälle gibt. In der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schramberg sind es insgesamt lediglich 400 auswertbare Kauffälle. „Damit wird der Richtwert von 1000 Fällen auch dort deutlich unterschritten“, gab er zu bedenken.

Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, der Kooperation mit der Stadt Rottweil ebenfalls beizutreten und somit die Aufgaben des bisher bei der Stadt Schramberg angesiedelten Gutachterausschusses unter Wahrung der gemeindlichen Interessen an die Stadt Rottweil zu übertragen. Er gab zu bedenken, dass vorbehaltlich der Beschlüsse der entsprechenden Gremien auch vorgesehen ist, dass die Stadt Schramberg selbst sowie die Gemeinden Hardt und Aichhalden entsprechende Vereinbarungen mit der Stadt Rottweil abschließen. „Auch die Stadt Schiltach und die Gemeinde Schenkenzell, die bisher einen eigenen Gutachterausschuss hatten wollen der größeren Einheit unter Federführung der Stadt Rottweil beitreten“, berichtete er. Anschließend nannte er die wesentlichen Aufgaben eines Gutachterausschusses. Klassisch sind dort die Gutachtenerstattung von bebauten und unbebauten Grundstücken, die Führung der Kaufpreissammlung, die Ermittlung von Bodenrichtwerten und die Ermittlung von Preisindizes für Wohnimmobilien angesiedelt. Ansgar Fehrenbacher monierte zunächst, dass mit einer möglichen Verlagerung nach Rottweil die Raumschaft Schramberg eine weitere Zuständigkeit verliert. Hubert Nagel befürchtete längere Wege und insgesamt längere Verfahren bei größeren Einheiten. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass es bereits bisher möglich war, dass Bürger die Anträge im Rathaus abgeben, dass dort die gesammelten Unterlagen weitergeleitet werden und dass die Schätzungstermine ohnehin im Haus stattfinden. „Somit dürfte sich für den Bürger keine Verschlechterung ergeben“, bilanzierte er. Stefan Weinmann sah gar keine andere Möglichkeit als der größeren Einheit unter Federführung der Stadt Rottweil beizutreten. „Da sich zahlreiche Gemeinden im Landkreis bereits Rottweil angeschlossen haben, kann in der Raumschaft Schramberg gar keine entsprechende Einheit mehr gebildet werden“, sagte er. Hubert Nagel erkundigte sich zudem nach der Kostenverteilung. Hierzu liegen noch keine konkreten Zahlen vor, es wird aber so sein, dass Kosten nach Abzug der Gebühren im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen und zu den zu erstellenden Gutachten auf die entsprechenden Gemeinden umgelegt werden.

Letztlich konnte der Gemeinderat mit großer Mehrheit der Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses unter Federführung der Stadt Rottweil zustimmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen und wurde zudem ermächtigt, Änderungen, sofern sie redaktioneller Natur sind und den Vorgaben der Rechtsaufsicht entsprechen, noch einzuarbeiten.

Gemeinderat beschließt neue Hauptsatzung - Wesentliche Veränderungen durch neue bzw. umbenannte Ausschüsse sowie bei den finanziellen Zuständigkeiten

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp verwies auf die letzte Gemeinderatssitzung in der beschlossen worden ist, die beschließenden Ausschüsse des Gemeinderates teilweise zu verändern. „Diesbezüglich muss die Hauptsatzung der Gemeinde geändert und aktualisiert werden“, berichtete er. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auch über

die finanziellen Zuständigkeiten des Bürgermeisters und der Ausschüsse zu sprechen und zu beschließen. „Die seither in der Hauptsatzung genannten Beträge wurden zusammen mit der damals neuen Hauptsatzung Anfang 2000 beschlossen und sind damit nahezu 20 Jahre alt. Einzelne Beträge in der seitherigen Hauptsatzung stammen sogar noch aus dem Jahr 1980. Durch diese sehr langen Zeiträume ohne Anpassungen ergeben sich starke Veränderungen“, berichtete er.

Anschließend verwies er auf die neu gefasste Hauptsatzung, in der die geänderten bzw. neu gebildeten Ausschüsse berücksichtigt worden sind. Zudem verwies er auf die zahlreichen Änderungsbeträge mit den entsprechenden Zuständigkeiten, die sich im Wesentlichen und soweit vergleichbar an die erst kürzlich beschlossene Hauptsatzung einer Nachbargemeinde, die von der Einwohnerzahl her ähnlich groß ist wie Lauterbach, anlehnen.

Der Gemeinderat konnte abschließend der neuen Hauptsatzung zustimmen. Der komplette Satzungstext wird in einem der nächsten Amtsblätter öffentlich bekannt gemacht.

Rathausplitter

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung richtete Bürgermeister Norbert Swoboda einen herzlichen Glückwunsch an unsere Biathletin Janina Hettich, die bei den deutschen Biathlonmeisterschaften die Bronzemedaille im Sprintrennen über 7,5 km gewann. „Auch die anderen guten Leistungen während der Meisterschaften haben dafür gesorgt, dass sie als 1. Nachrückerin für den Weltcup nominiert wurde“, freute sich der Bürgermeister.

Er gab bekannt, dass am 16. September wieder zahlreiche Spam-Mails unter seinem Namen versendet worden sind. „In allen Fällen stehen hinter dem Namen aber komplett fremde E-Mail-Adressen, sodass offensichtlich ist, dass diese nicht vom Server des Rathauses versendet wurden. Wir haben daher auch keine Möglichkeit dies zu verhindern“, sagte er. Er bat, auf den Absender zu schauen ob dieser korrekt ist und darum Anhänge gegebenenfalls nicht zu öffnen. Im Rahmen der Bürgerfragestunde ging Manfred Haas ebenfalls auf diese Thematik ein. Er bat eindringlich, die Problematik genau zu untersuchen und IT-Fachleute einzuschalten. „Die Problematik ist in jedem Fall nicht zu unterschätzen“, sagte er.

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass die Gemeinde vom Land Baden-Württemberg einen Zuschuss für die Erneuerung der Brücke Winterbauernhof in Höhe von 54.000 EUR erhält. Zunächst ist noch die wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen, die Umsetzung der Maßnahme wird ohnehin, vor allem hinsichtlich der Schonzeit der Fische, erst im Frühjahr erfolgen können.

Weiterhin teilte er mit, dass für die Errichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge am Rathausplatz eine Zuwendung des Bundes in Höhe von 9800 EUR eingegangen ist. Die voraussichtlichen Ausgaben belaufen sich auf 24.500 EUR, sodass die Gemeinde Eigenmittel in Höhe von 14.700 EUR aufbringen muss. Die Umsetzung erfolgt mit der Neugestaltung der neuen Ortsmitte und des Parkplatzes direkt am Rathaus.

Zudem verwies er hinsichtlich der Gestaltung der neuen Ortsmitte und des Rathausplatzes auch auf die Gemeinde Fluorn-Winzeln, wo ebenfalls ein Boulefeld erstellt wird.

Im Bereich der Einmündung der Kreisstraße in die Landesstraße wird derzeit der Fahrbahnbelag gepflastert. „Wir gehen davon aus, dass die Baumaßnahmen bis in ca. 3 Wochen fertiggestellt sind, dann erfolgen die Asphaltarbeiten am Baustellenende in Richtung Sulzbach. Dort ist eventuell eine kurzzeitige Sperrung möglich. Dies wird aber noch besprochen und rechtzeitig bekannt gegeben“, sagte er.

Er gab bekannt, dass die Trennwand für den Serverraum im Rathaus gemäß der Datenschutzverordnung für 2.300 EUR in Auftrag gegeben worden ist. „Außerdem wurde für den Bauhof ein neuer Rasenmäher zum Preis von 1.700 EUR angeschafft. Leider mussten beim JCB des Bauhofes größere Reparaturen durchgeführt werden. Dort beliefen sich die Gesamtkosten auf 8.350 EUR“. Er gab bekannt, dass für die Spielplätze der Gemeinde Holzackschnitzel als Fallschutz mit einem Kostenaufwand von 6.200 EUR beschafft worden sind.

Zudem gab er bekannt, dass die Sanierung der Stützmauer am Kleinspielfeld an der Schule Kosten in Höhe von 4.160 EUR verursacht hat. „Auch die bachseitige Stützmauer muss noch saniert werden, derzeit läuft noch das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren“.

Er gab bekannt, dass Forstrevierleiter Holger Wöhrle mitgeteilt hat, dass der Bau des Maschinenweges am Friedhof aufgrund der angespannten Holzmarktlage noch etwas verschoben wird bis der Holzmarkt entlastet und wieder aufnahmefähig ist. In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass der Mooskapfwaldweg fertiggestellt ist und lediglich noch abgerechnet werden muss. Diesbezüglich könne auch noch eine Besichtigung im Herbst stattfinden.

Weiter ging er auf den Besuch des Europa-Abgeordneten Andreas Schwab im Aichhalder Loch ein. „Dabei wurden die Herausforderungen der Schäferei und der bäuerlichen Betriebe und damit der typischen Kulturlandschaft in den Kommunen des mittleren Schwarzwaldes angesprochen. Auch die Reformauswirkungen auf die bäuerlichen Betriebe und die Rückkehr des Wolfes nach Baden-Württemberg sowie Vorgaben des europäischen Beihilfe- und des europäischen Agrarrechts wurden angesprochen und diskutiert.“

Bürgermeister Norbert Swoboda bedauerte den Wechsel des seitherigen Revierförsters Holger Wöhrle zum 01.01.2020 aufgrund der Neueinteilung der Forstreviere. Er wird jetzt in das Forstrevier Schiltach wechseln. Die Stelle für das neue Revier Lauterbach, das nun auch wieder den Kirchenwald mit einschließt, wird neu ausgeschrieben.

Anschließend ging er auf die Übernahme des Volksbankgebäudes durch das Ingenieurbüro DMT-Creativ ein. „Die Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar hat mitgeteilt, dass lediglich ein Geldautomat und ein Kontoauszugsdrucker vor Ort verbleiben werden. Das ist sehr bedauerlich, zumal die Volksbank jahrelang ein großer Arbeitgeber mit rund 30 Mitarbeitern war und dementsprechend auch ein guter Gewerbesteuerzahler war. Auf der anderen Seite freuen wir uns auch, dass eine einheimische Firma nun einen adäquaten Geschäftssitz hat und das Volksbank-Gebäude eine sinnvolle Nachnutzung erhält“, sagte er.

Danach ging er auf eine Anfrage von Johannes Geprägs hinsichtlich des Bürgerbusses Schramberg ein und verlas hierzu ein Antwortschreiben der Stadt Schramberg. Diese habe mitgeteilt, dass der Bürgerbus eigentlich nicht auf konzessionierten Strecken fahren darf. Neben der Zustimmung durch den Bürgerbusverein ist über das Landratsamt Rottweil ein Anhörungsverfahren bei den derzeitigen Busunternehmen, die die Anbindung zwischen Schramberg und Lauterbach bedienen, notwendig. Zudem müsste die Kostenbeteiligung der Gemeinde Lauterbach am Bürgerbus Schramberg

geklärt werden. Bevor weitere Schritte eingeleitet werden, stellt die Stadt Schramberg daher die Frage, inwieweit die derzeitige Busanbindung ergänzt werden soll. Zudem habe die Stadt Schramberg darauf hingewiesen, dass die Kapazitäten des Bürgerbusses derzeit erschöpft sind. Bei einer Ausdehnung nach Lauterbach müssten Strecken in Schramberg gestrichen oder es müsste ein weiterer Bus finanziert werden", fasste Bürgermeister Norbert Swoboda zusammen. Zudem unterrichtete der Bürgermeister die Mitglieder des Gemeinderates von einem Schreiben an die Straßenverkehrsbehörden hinsichtlich möglicher Radwege im Zuge derzeitiger Baumaßnahmen entlang der Landstraße. "Auf Anregung von Ansgar Fehrenbacher habe ich das zuständige Straßenbauamt angeschrieben mit der Bitte zu prüfen, ob entsprechende Radwege möglicherweise noch im Zusammenhang mit der derzeitigen Baumaßnahme möglich sind. Nach Einschätzung des Straßenbauamtes ist bei der derzeitigen Bauwerkskonstruktion eine talseitige Verbreiterung nicht machbar, es sei denn es werden massive statische Konstruktionen neu gebaut, sodass letztlich nicht damit zu rechnen ist, dass im Zuge der derzeitigen Baumaßnahmen Radwege dort möglich sind".

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass die Vergabe der Gewerke für die Sanierung der Galerie "Wilhelm Kimmich" komplett in der Gemeinderatssitzung am 02.12.2019 vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang verwies er auf Kostensteigerungen bei anderen Bauprojekten. Weiter nahm er zur möglichen Entfeuchtung im Gebäude Stellung. Ein entsprechendes Gerät, das in anderen Einrichtungen gute Referenzen bekommen hat, kostet 78730 Lauterbach.140 EUR (brutto). Unabhängig von der gesamten Lüftungsanlage soll dieses Gerät beschafft werden.

Bei der Umsetzung des Digitalpaktes verwies Bürgermeister Norbert Swoboda auf eine neue Verwaltungsvorschrift. Bis 2022 steht der Gemeinde ein Digitalpakt-Budget in Höhe von 28.700 EUR zur Verfügung. Förderanträge können ab dem 1. Oktober bei der L-Bank gestellt werden. Allerdings ist der vorzeitige Maßnahmenbeginn zugelassen. Zu den Antragsvoraussetzungen zählen u.a. eine Bestätigung des Trägers, dass der IT-Support gesichert ist, sowie die Vorlage eines Medienentwicklungsplans, eine Bestandsaufnahme der bestehenden und benötigten Ausstattung, ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept und eine bedarfsgerechte Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte", berichtete er.

Bei den Terminen verwies er auf den Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) am Dienstag, 24.09.2019 um 14:00 Uhr sowie auf eine Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Familie, Vereine und Soziales am Freitag, 11.10.2019 um 19:30 Uhr im Rahmen der Vereinsvorstände-Besprechung. Weiter wurde eine Ausschusssitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus für Dienstag, 15.10.2019 um 19:00 Uhr im Gasthaus "Turm" geplant. Zudem lud er zur Auszeichnungsfeier der Grundschule Lauterbach zur Naturparkschule am 18.10.2019 ab 14:30 Uhr ins Gemeindehaus ein. Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass in absehbarer Zeit die EDV-Anlage in der Gemeindeverwaltung ersetzt wird. „Es ist dann möglich, dass an einem oder 2 Tagen nicht alle Verwaltungsdienstleistungen abrufbar sind", sagte er.

Bauhofleiter Felix Belke teilte mit, dass von der Überwachungskamera im Bereich des Bauhoflagerplatzes bereits 6 Verstöße aufgezeichnet worden sind, die zur Anzeige gebracht werden. Zudem teilte er mit, dass aufgrund eines neuen Gutachtens die Brücke Schulgasse für den Verkehr bis zu einem Gesamtgewicht von 3,5 t wieder freigegeben worden ist. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass erneut

Geschwindigkeitsüberwachungen durch den Landkreis stattgefunden haben. Am 12. Juli wurden in der Schramberger Straße 1238 Fahrzeuge kontrolliert, wobei es lediglich 9 Beanstandungen (0,72 %) gegeben hat. Die Höchstgeschwindigkeit lag dort bei 65 km/h. Eine weitere Messung am 12. Juli hat auf der Passhöhe Fohrenbühl stattgefunden. Dort gab es bei 426 gemessenen Fahrzeugen 22 Beanstandungen (5,16 %). Der schnellste Fahrzeuglenker war dort mit 72 km/h unterwegs.

Zudem teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit, dass die Ausschreibung für den neuen Heizkessel im Bereich der Schule abgeschlossen ist. „Günstigste Anbieterin ist die Firma Fleig aus Hausach mit einer Angebotssumme von rund 75.000 EUR für den Ausbau und den Einbau des Kessels mit den entsprechenden Arbeiten. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt kurzfristig, damit die Heizungsanlage im Winter ordnungsgemäß funktioniert.“

Im Rahmen der Anfragen wies Johannes Geprägs auf schnelle Fahrzeuglenker im Bereich Hilsenbühl hin. Weiter stellte er ausdrücklich klar, dass die Praxis seines Vaters Dr. Jürgen Geprägs entgegen anderslautenden Gerüchten nicht eingestellt wird und in jedem Fall die nächsten 3 Jahre noch betrieben wird. „Zudem werden wir uns intensiv um eine Nachfolgeregelung bemühen“, sagte er.

Sonja Rajsp regte an, im Bereich des Pavillons auf dem Imbrand eine „Hundebox“ zu stellen. Zudem regte sie an, einem Gemeindeforum, das in ganz Deutschland tätig ist, kostenlos ist und viele Vorteile mit sich bringt, beizutreten.

Ansgar Fehrenbacher wiederholte eine Anregung und bat zu überprüfen, ob es möglich ist Hundehalter anhand von DNA des Hundekots zu ermitteln.

Zudem bat er zu überprüfen, ob PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden möglich sind.

Bürgermeister Norbert Swoboda verwies dabei auf die frühere Aktion „Sun-Area“, wo die Dachflächen, die infrage kommen, bewertet worden sind.

Johannes Geprägs stellte fest, dass die Bürgerbusse in Schramberg entgegen den Linienbussen, die in Lauterbach fahren, barrierefrei sind. Bürgermeister Norbert Swoboda verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass im Zuge von Baumaßnahmen Bushaltestellen so weit als möglich ebenfalls so umgebaut werden dass sie barrierefrei nutzbar sind.

Hubert Nagel bat, den Fußgängerbereich im Bereich der Baustelle vor dem Rathaus zu verbessern. Auf Anfrage von Sonja Rajsp erläuterte Bürgermeister Norbert Swoboda den weiteren Fortgang der Baustelle vor dem Rathaus. Bis in ca. 3 Wochen soll der Straßenbereich wieder vollständig befahren werden können. Die Umsetzung der Sanierungsarbeiten im Bereich des Rathausvorplatzes erfolgt im kommenden Jahr.

Auf Anfrage von Tobias Fehrenbacher bestätigte Bürgermeister Norbert Swoboda, dass hinsichtlich der Ausstattung auf dem Rathausvorplatz noch entsprechende

Informationen bzw. Beratungen im Gemeinderat erfolgen. In diesem Zusammenhang teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass Bepflanzungen, vor allem Bäume, teilweise umzuplanen sind. Dies gilt für die Bereiche in denen zahlreiche Kabeltrassen liegen. Auf Anfrage von Stefan Weinmann bestätigte Bürgermeister Norbert Swoboda, dass der Teerstreifen vor dem Rathaus über den Winter noch verbleibt. Damit ist in diesem Bereich auch ein Winterdienst gewährleistet. Doris Moosmann sprach den Höhenunterschied der derzeitigen Pflasterfläche im Straßenbereich der Kreisstraße zum Rathausvorplatz hin an. Dieser Versatz ist höhenteknisch notwendig, wird sich jedoch auf den Rathausplatz kaum auswirken.